

KURZ NOTIERT

von Rolf Jordan

Der Autor ist Südasienswissenschaftler und Mitglied der Südasiens Informationsstelle.

■ Weiterer Parlamentssitz für oppositionelle Workers' Party

Die Workers' Party konnte Ende Januar eine Nachwahl für sich entscheiden und damit einen weiteren Parlamentssitz erringen. Die einzige im Parlament vertretene Oppositionspartei hält damit nun sieben der insgesamt 87 Sitze. Für die regierende PAP ist dies eine weitere Niederlage gegen eine Opposition, die zuletzt deutlich an Kraft gewonnen hatte. Von einem Zweiparteiensystem ist der Stadtstaat aber weiterhin

noch weit entfernt. Die Nachwahl in dem Wahlkreis Punggol East im Nordosten Singapurs war notwendig geworden, nachdem der Wahlkreiskandidat der PAP, der bei der letzten Parlamentswahl noch mit deutlichem Vorsprung gewonnen hatte, zurücktreten musste.

Bei der Nachwahl konnte sich die Kandidatin der Workers' Party, Lee Li Lian, mit 54,5 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen den

neuen Kandidaten der PAP durchsetzen.

Nach einem insgesamt eher schlechten Ergebnis bei der letzten Parlamentswahl 2011 ist es der PAP damit bereits zum zweiten Mal nicht gelungen, eine Nachwahl für sich zu entscheiden, während hingegen im Mai 2012 die Workers' Party eine Nachwahl in Hougang gewinnen konnte.

Bloomberg News, 27.1.2013

■ Streikende Busfahrer zu Haftstrafen verurteilt

Vier der Busfahrer aus der VR China, die maßgeblich an den Streiks gegen das staatliche Nahverkehrsunternehmen SMRT beteiligt waren (siehe *Südostasien* 1/2013), sind Ende Februar von einem Gericht in Singapur zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Das Gericht verurteilte die vier Männer, nachdem diese sich zuvor in allen Anklagepunkten schuldig erklärt hatten. Drei der vier Männer wurden wegen ihrer Teilnahme an dem unerlaubten Streik zu jeweils sechs Wochen Haft verurteilt, ein vierter Kollege

erhielt eine Strafe von sieben Wochen, nachdem er zugegeben hatte, weitere Kollegen über das Internet zur Teilnahme an dem Streik aufgefordert zu haben.

Bereits im Dezember war einer der Busfahrer als Anführer der Streikenden zu einer sechswöchigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Weitere 29 Fahrer waren infolge ihrer Teilnahme an dem spontanen Streik entlassen und ohne Gerichtsverfahren des Landes verwiesen worden. Insgesamt hatten sich 171 chinesische Busfahrer an der Arbeitsniederlegung beteiligt,

die sich gegen die niedrigeren Löhne und schlechten Lebensbedingungen der bei SMRT beschäftigten chinesischen Busfahrer gerichtet hatte.

Derzeit laufen Untersuchungen bezüglich der Vorwürfe von zwei der jüngst Verurteilten, während ihrer Haft von den Sicherheitsbehörden misshandelt worden zu sein. Die beiden Männer gaben an, während ihrer Haft von Polizisten geschlagen und bedroht worden zu sein, um so ein Schuldeingeständnis zu erzwingen.

China Labour Bulletin, 26.2.2013

■ Neue Beschränkungen der Zuwanderung

Singapurs Regierung hat Anfang des Jahres neue Maßnahmen zur Beschränkung der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte bekannt gegeben.

Damit reagiert die Regierung auf die anhaltend kritische Haltung in der Bevölkerung gegenüber einem seit Jahren steigenden Anteil von Migranten im Stadtstaat.

Zu den zentralen Maßnahmen gehört eine erneute Anhebung der Steuern, die Unternehmen für die Beschäftigung vor allem niedrig qualifizierter Arbeitsmigranten

entrichten müssen (*foreign-worker-levy*). Ziel ist es, die Zahl dieser Arbeitskräfte zu verringern, um so dem anhaltenden Lohndruck in den unteren Einkommensgruppen zu begegnen. Gerade in diesem Segment bleibt die Lohnentwicklung seit Jahren hinter jener der Lebenshaltungskosten zurück.

Die ablehnende Haltung der Bevölkerung richtet sich jedoch auch gegen die hohe Zahl ausländischer Experten und Fachkräfte, die ganz wesentlich für die hohen Preisanstiege – vor allem

bei Immobilien – der letzten Jahre verantwortlich ist.

Trotz der in der Bevölkerung bestehenden Ressentiments und der zuletzt verabschiedeten Maßnahmen zur Zuwanderungsbeschränkung plant die Regierung jedoch ein weiteres Wachstum der Bevölkerung um 30 Prozent bis 2030 auf dann 6,9 Millionen Menschen, welches ganz wesentlich durch Migranten getragen werden soll.

Reuters, 25.2.2013

Reuters, 18.3.2013

Star (Malaysia), 16.3.2013